

Wir sind nicht zum Spaß hier

Ein Aufruf zu demonstrativer Professionalität. Von Mona Aranea

Oppositionelle werden seit mehr als zwei Jahren von ihrer eigenen Regierung systematisch finanziell ausgeblutet, sozial isoliert und durch Gewaltakte traumatisiert. Die außerparlamentarische Opposition vernichten konnte der Terror nicht. Die Herausforderung in diesem heißen Herbst wird sein, die für viele Menschen neuen Ängste vor Armut und Gewalt aufzugreifen und in effektives kollektives Handeln zu kanalisieren. Hierfür braucht es mehr strategische Ernsthaftigkeit in den Orga-Teams oppositioneller Kundgebungen. Wir müssen positive Freudentänze ebenso wie negative Empörungswellen gezielt als kollektive Machtdemonstration nach außen nutzen, statt wie bisher vor allem als Gruppentherapie nach innen. Die beste Therapie ist die Erfahrung gemeinsamer Wirkungsmacht. Indem wir Massen mobilisieren.

Die Stimmung kippt. Viele Menschen erleben nach zwei Jahren intensiver Virusangst zum ersten Mal Angst vor materieller Verarmung und vor staatlicher Repression. Sie spüren schmerzlich die Konsequenzen der im Zuge der Pandemiepolitik weitestgehend widerspruchslos zementierten Politik der Umverteilung von unten nach oben und der Unterdrückung kritischer Stimmen. Für die meisten Aktiven der außerparlamentarischen Opposition ist der Umgang mit massiven wirtschaftlichen Verlusten aufgrund politischer Entscheidungen keine neue Erfahrung, ebenso wenig wie und willkürliche Gewalt von Seiten staatlicher Organe.

Wer der deutschen Bundesregierung in den vergangenen zwei Jahren widersprochen hat, musste lernen, mit weniger Geld auszukommen. Lange vor der Gasumlage. In meiner Heimatstadt Mönchengladbach remonstrierte eine Grundschullehrerin gegen die Anweisung, Kinder in ihrer Obhut einem ungeeigneten und potenziell schädlichen medizinischen Test zu unterziehen. Das Schulamt wies ihre Remonstrations zurück und wertete ihre Testverweigerung als Nichtantritt zum Dienst. Sie verlor ihre Anstellung als Lehrerin und streitet nun mit dem Schulamt vor Gericht um ihr Gehalt. Die Gerichtskosten steigen, während das Verfahren andauert. Die Lehrerin geht nicht an die Öffentlichkeit, um die Existenz ihrer Familie nicht weiter zu gefährden. Die Selbstständigkeit ihres Mannes ist nun das einzige Einkommen der Familie. Regierungskritik kann teuer sein.

In der gleichen Mönchengladbacher Grundschule erlebten mehrere Mütter zum ersten Mal die Angst vor staatlicher Gewalt gegen ihre Kinder. Im Frühjahr 2021 teilten mehrere Mütter persönlich im Sekretariat der Schule mit, unnötigen und potenziell gesundheitsschädlichen Tests an ihren Kindern nicht zuzustimmen. Die Schulsekretärin drohte, unverzüglich das Jugendamt einzuschalten. Die Mütter gaben nach und hielten den Mund. Sie gingen nicht an die Öffentlichkeit – ihre Angst vor dem übergriffigen, offensichtlich politisch gesteuerten Jugendamt war und ist groß. Mönchengladbacher Mütter, die die Pandemiepolitik der Regierungsparteien kritisierten erkannten schmerzhaft ihre eigene Machtlosigkeit gegenüber Vater Staat, dessen langer Arm und geballte Faust ihre Kinder bedrohte. Das Jugendamt lud so manche maßnahmenkritische Mutter vor, warf ihr vor, Gegnerin des „Systems“ zu sein und stellte ihre Eignung als Erziehungsberechtigte ihrer Kinder in Frage.¹ Lange vor Nancy Faesers Staatsfeind-Rhetorik gegen alle Regierungskritiker.

¹ https://www.novo-argumente.com/artikel/warnschuss_fuer_eine_oppositionelle_mutter

Wirtschaftliche Existenzängste sind für die Kritiker der Pandemiepolitik schon lange Realität. Ebenso staatliche Gewalttaten, von prügelnden Polizisten auf Kundgebungen über Hausdurchsuchungen durch Sonderkommandos bis hin zu Sorgerechtsbeschränkungen für regierungskritische Familien. In geringerem Maße trafen Wohlstandverluste und Behördenwillkür auch viele jeder oppositionellen Regung unverdächtige Friseurbetriebe und unbedarfte Gastgeber „illegaler“ Grüntage oder Kindergeburtstage. Manche verloren den Nervenkrieg, andere fanden in ihm ihre innere Stärke.

Nun wendet sich das Blatt in der deutschen Öffentlichkeit. Die narzisstische Kollusion zwischen Volk und Regierung scheint angeschlagen, seitdem „Mutti“ Merkel nicht mehr von den Bildschirmen der Nation lächelt. Die emotionalen Bande zwischen allwissenden Pandemiepolitikern und folgsamen Hygienebürgern lösen sich auf, der Kult um „die Wissenschaft“ erfährt eine schleichende Entzauberung. Karl Lauterbach wird bei Markus Lanz ausgelacht. Die Leitmedien demontieren langsam aber sicher Bundeskanzler und Steuertrickser cum-ex-Olaf Scholz. Deindustrialisierung, Inflation und „Umlagen“ nehmen ein Ausmaß an, das an Enteignung grenzt. Gewerkschaften und die parlamentarische Pseudo-Opposition fordern als „Entlastungen“ mystifizierte Almosenpakete für die Bestohlenen. Die Wut gegen wächst, gegen alle und jeden.

Die finanziell ausgeblutete und von Gewalterfahrung traumatisierte Opposition auf der Straße riecht Morgenluft. Die totale Medienblockade hat die reale Einflussmacht oppositioneller Kundgebungen aus dem Massenbewusstsein heraus gehalten. Doch vor Ort in so gut wie jedem Ort haben die Kundgebungen unverzichtbare Aufklärungsarbeit geleistet und durch ihre Beharrlichkeit die Zementierung eines von oben verordneten Diskurses und damit die autoritäre Schließung des Systems verhindert. Das afrikanische Sprichwort „Wenn viele kleine Menschen, an vielen kleinen Orten...“ trifft zu. Die dezentralen maßnahmenkritischen Bürgerinitiativen haben die Demokratie gerettet, in dem sie den Nährboden schufen, auf dem inzwischen eine neue oppositionelle Zivilgesellschaft gedeiht, mit lokalen Friedensinitiativen, Unternehmergruppen, Bauernverbänden und Arbeiterbünden. Will diese oppositionelle Zivilgesellschaften Mehrheiten organisieren, und damit reale Machtoptionen generieren, darf sie eine Zentralisierung verhindern, aber eine Professionalisierung gestatten.

Die außerparlamentarische Opposition befindet sich seit einigen Monaten in einem schmerzhaften Häutungsprozess. Die Zentralisierung der Bürgerinitiative „Querdenken“ und durch ihren Gründer Michael Ballweg und die Zusammenarbeit der Initiativenleitung um Ballweg und Ralf Ludwig mit der Separatistenbewegung „Königreich Deutschland“ hat der Bewegung schweren Schaden zugefügt. Die berechtigten Proteste gegen die andauernde rechtswidrige Untersuchungshaft für Michael Ballweg entziehen der Demokratiebewegung dringend benötigte Energie. Währenddessen landen weiter zahllose öffentlich völlig unbekannte Menschen wegen falscher Impfbefreiungen, nicht anerkannter Maskentests, unangemeldeter Demonstrationen oder schlicht nicht bezahlter Rechnungen in den Gefängnissen des Landes. Immer mehr dezentral und unabhängig agierende oppositionelle Initiativen ordnen ihre Prioritäten neu. Gut so. Allianzen verschieben sich, alte Helden fallen, neue Helden sind konservativer, weniger revolutionär, aber auch weniger sprunghaft.

Weit unter dem Radar medialer Aufmerksamkeit haben viele entschlossene bis verzweifelte Bürger übermenschliches geleistet, um oppositionelle Kundgebungen vor Ort in ihrem Ort zu etablieren. Die meisten Demo-Organisatoren waren und sind politische Unerfahren und zu viele waren leichte Beute für Selbstdarsteller, Glücksritzer oder Extremisten. Anmelder und Versammlungsleiter bemühen sich

um eine friedliche Atmosphäre und eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Polizei, während juristische Laien über Staatsrecht referieren, falsche Propheten von der Bühne predigen, überflüssige Superhelden schlecht choreografierte Tänze aufführen und selbst ernannte Freiheitskämpfer so ungeschickt der Menge winken, dass sie wegen Zeigen eines faschistischen Grußes verklagt werden. Die zum Publikum degradierte Demokratiebewegung steht stirnrunzelnd vor der überflüssigen Bühne und fragt sich, wo es hier zur Demo geht.

Widerstand braucht weder Märtyrer noch Superhelden. Widerstand braucht Strategen. Strategen vernetzen Unternehmer, Handwerker, Bauern, Selbständige, Friedensinitiativen und Arbeiterbünde miteinander. Strategen organisieren Kundgebungen und vor allem Demonstrationen, die Eindruck machen, indem sie Kompetenz, Gestaltungswillen und Zusammenhalt demonstrieren. Natürlich darf auch getanzt werden: als strategische Demonstration von Kooperationsfähigkeit und Selbstbewusstsein. Nicht hilfreich ist die reine Demonstration individueller überzeugter Schrulligkeit, sei es durch schlecht choreografierte Tanzeinlagen, zersetzendes Beharren auf extremen Randthemen oder unwahrscheinlich ungeschickte Grüße von der Bühne. Wer Mehrheiten organisieren will, darf weder radikalen Minderheiten noch lächerlichen Einzelkämpfern eine Bühne bieten. Wer Mehrheiten organisieren will, muss Mehrheiten ein überzeugendes politisches Angebot machen. Freiheit statt Angst. Frieden statt Krieg. Demokratie statt Tyrannei.

Unser Angebot ist mehrheitsfähig. Die Politik der Entmündigung ist gescheitert, die Priesterherrschaft entzaubert. Die Regierungsparteien, Lobbyisten und Globalisten wissen, dass ihr Rückhalt schwindet. Sie provozieren den Wutwinter, denn ein tobender Mob lässt sich leichter zerstreuen als ein aufsteigender Schwarm. Unser Gegenprogramm ist der Mutwinter: Bürgerinitiativen der Demokratiebewegung verbünden sich mit Friedensinitiativen, Handwerksvertretungen, Bauernverbänden und Berufsverbänden. Aus der Asche der zerfallenden deutschen Verbändedemokratie steigt eine mächtige oppositionelle Zivilgesellschaft empor, die vor Ort in jedem Ort bereit sein muss, Verantwortung zu übernehmen. Die meisten Parteipolitiker sind Marionetten - sie hängen an Fäden, und fallen daher leicht um. Wir müssen nur pusten.

Dr. Mona Aranea ist Soziologin, Anmelderin der oppositionellen Bürgerinitiative MG Demo in Mönchengladbach und Pressesprecherin der Außerparlamentarischen Opposition in Düsseldorf.

